

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 389. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 194.

Erste Ausgabe

Mittwoch, 21. August 1901.

Das Handwerk und der Zolltarif.

Der neue Zolltarif sei — so behauptet die „Freisinnige Zeitung“ — gerade für die Handwerker noch weit nachteiliger als für alle andere Zweige der Industrie, denn nicht nur fällt die Vertheuerung der Rohstoffe für die großen Fabrikanten, dann aber kommen in Betracht die Vertheuerung der Rohstoffe und der Werkzeuge. Will etwa die „Freisinnige Zeitung“ die Aufhebung der Industriezölle und der Verbrauchsabgaben überhaupt anregen? Sie verbreitet dieses ja auf das Entschiedenste; also hat sie ganzes Versehen doch nur den Zweck, die Handwerker zu verärgern. Unter den Handwerkern aber kennt man seine demokratischen Kampfmittel; denn diesen ist der Verfall des Handwerks zu verdanken. Nun soll wohl der vom Freisinn nicht geforderte Handwerkerstand zu gering sein, zu Gunsten der Großhändler und der Großhändler die Kaufleute aus dem Feuer zu holen? Dafür wird man sich aber schonenslos bedanken. Was wäre der Lohn? Der Ausverkauf und Auktionshändler, das Lager- und Waarenhaus-Linwesen, und alle diese können Erzeugnisse der liberalen „Wohlfahrter“ würden einen erhöhten Aufschwung nehmen. Die Handwerker sind aber dem Zustandekommen des neuen Zolltarifs direkt interessiert. Sie selbst arbeiten hauptsächlich für den inneren Markt, und daß dieser erhalten und faustschützlich gemacht werde, gereicht keinem Gewerbe zu so unmittelbarem Vortheil wie dem Handwerk. Das Handwerk kann also dem geplanten Zolltarif wohl genügt, daß ihm durch einen höheren Zollfuß zu löpnen den Preisen verfallen werden soll; das Handwerk gebietet dann am besten, wenn der „Bauer Geld hat“. Was aber die Vertheuerung der Rohstoffe usw. betrifft, so würden die Handwerker ganz anders „blauen“ müssen, wenn die indirekten Steuern wüchsen und für die starken, aber unumgänglichen Wechselausgaben direkte Steuern aufgebracht werden müßten.

Deutsches Reich.

Salle a. S. 20. August.

Was die deutsche Landwirtschaft zu dem neuen Zolltarif-Entwurf sagt, haben wir gestern in der gleichzeitigen Resolution des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Bundes der Landwirthe mitgeteilt. Aus der Begründung der Resolution ist noch folgende bemerkenswerthe Stelle hervorzuheben: „Von den landwirtschaftlichen Vertretern ist wiederholt und wie wir mit Sicherheit annehmen dürfen, auch in wirtschaftlichen Ausmaß, daß bei der insoweit wesentlich verstärkten ausländischen Konkurrenz und namentlich der außerordentlichen Verbilligung der See- und Bahnröhren erst mit Erhöhung der Getreidezölle auf 7,50 Mk. für den Doppelcentner Vrotgetreide eine annähernde Wiederherstellung derjenigen durchschnittlichen Vrotgetreidepreise zu erwarten sein würde, wie sie in den letzten beiden Decennien der Abfälligkeit unserer Handelsverträge im Durchschnitt bestanden haben. Und auch wohl, wenn man die Höhe der Zollfüße überhaupt nach wirtschaftlichen und nicht nach politischen Rücksichten bemessen wollte, dieser Maßstab und damit die Forderung eines Zolles von 7,50 Mk. für Vrotgetreide um so berechtigter erscheinen, als in den letzten beiden Decennien die Produktionskosten der Landwirtschaft nicht unmerklich gestiegen sind, — ebenso aber auch das durchschnittliche Arbeitsentgelt der deutschen Bevölkerung, so daß sich hieraus, rein wirtschaftlich betrachtet, sogar die Berechtigung höherer Getreidepreise, als sie vor 20 Jahren bestanden, ergeben würde.“ — Demnach wird eine solche Steigerung der Getreidepreise über den Durchschnitt der letzten drei Decennien hinaus von der Landwirtschaft durchaus nicht verlangt. Es handelt sich bei der geforderten Zollhöhe also überhaupt nicht, wie dies häufig immer wieder behauptet wird, um die Wärfung eines preisfesten Bandens — wenigstens gegenüber dem Durchschnittspreis der letzten 30 Jahre preissteigernden — sondern lediglich einer preishaltenden Wirkung.

Major Endell und der Zolltarifentwurf. Der frühere Vorsitzende des Bundes der Landwirthe für die Provinz Anhalt, Major Endell, ist von den Beschlüssen des ständigen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates so wenig befriedigt, daß er dagegen Protest erhebt. Seine Erklärung lautet: „Was den ständigen Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates nicht für berechtigt halten, in Sachen des Zolltarifs einen Bescheid zu fassen, wie derselbe veröffentlicht wird; auch steht dieser Bescheid in direktem Gegensatz zu einem früheren Beschlusse des genannten Landwirtschaftsrates, welcher andere Grundzüge feststellte, die auch heute noch von dem ständigen Ausschuss aufrechterhalten werden; ich beantrage deshalb, gegen den erwähnten Bescheid des ständigen Ausschusses Protest erheben zu müssen. Es thut mir leid, daß ich diesen Protest öffentlich aussprechen muß. Angesichts der kritischen Lage, in welcher sich die deutsche Landwirtschaft befindet, halte ich es aber für meine Pflicht, öffentlich zu konstatieren, daß nicht alle Mitglieder des Deutschen Landwirtschaftsrates bereit sind, so schnell einer hilflosen agitativen Agitation gegenüber und wegen einer solchen die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft aufzugeben und die so lange für richtig gehaltenen und wissenschaftlich begründeten Zollfüße ohne zwingenden Grund festsetzbar zu lassen.“

Man wird Herrn Major Endell auf seinem Wege nicht so folgen vermögen. Es kommt darauf an, erreichbare Ziele ins Auge zu fassen, und das thut der Genannte in der obigen Erklärung leider nicht.

Demagogie in wissenschaftlichem Gewande. In einer Broschüre, die unter dem Titel „Die Belastung des Arbeiterentkommens durch die Stornzölle von Paul Wombert“ soeben erschienen ist, wird als das Exempel von der fünfköpfigen Arbeiterfamilie, die länger als eine Woche arbeiten muß, um die Stornzölle aufzubringen, „wissenschaftlich“ begründet. Der Verfasser hat in seiner Schrift aber nicht Wissenschaft, sondern Demagogie getrieben. Bevor er zu die Aufstellung seiner Behauptung herantritt und durch allehand Vorwürfe, die zur Verifizierung so wohlfeil sind wie Brombeeren, nachzuweisen sucht, daß das Budget einer Arbeiterfamilie jährlich nicht mehr als 31 Mk. an Getreidezöllen befreit wird, hat er die Pflicht, darzutun, daß der volle Betrag der Getreidezölle überhaupt im Vrotgetreide zum Ausdruck gelangt. Dieser Beweis ist unmöglich; denn der Konsumant zahlt den vollen Zollbetrag überhaupt nicht. Herr Wombert hätte nur nötig gehabt, einige Vergleiche anzustellen, dann hätte er an seinen Voraussetzungen irren werden müssen und seine ganze Berechnung wäre über den Haufen gefallen. Hat bei ihm etwa der gute Wille gefehlt, er nicht hat in die Materie einzugehen? Im Frankreich beispielweise besteht ein Getreidezoll von 7 Francs (= 5,60 Mk.), also ein höherer Zoll als er bei uns im neuen Zolltarif projektiert ist und der nach Wombert das Arbeiterbudget noch um fast 20 Mk. höher, also zusammen mit rund 50 Mk. belaufen soll. Von einer solchen Belastung ist in Frankreich nicht die Rede; ebensowenig sind dort die fürchterlichen Folgen zu fürchten, die angeblich mit einem Stornzoll in solcher Höhe verbunden sein sollen. Ja, in einer bis jetzt unüberprüften Zeitungsausschnitt wird gesagt, daß in der Schweiz, die gar keine Getreidezölle erhebt, das Brot genau so theuer sei, wie in dem mit einem 6 Francs-Zoll belegten Frankreich. Wombert hätte auch diesen Erfahrungsbeleg allein den Gedanken entnehmen können, daß ganz andere Faktoren außer dem Zoll auf die Getreidepreise einwirken; er hätte auch noch einen besten Profitorientierten in Erfahrung gebracht — wenn er sich die Mühe gegeben hätte, darnach zu fragen —, daß das Arbeiterbudget heute nicht um diejenigen fünfzehn Mark erleichtert worden ist, welche angeblich die Zollhöhung von 1,50 Mk. — also auch die durch die Handelsverträge bewirkte Zollermäßigung — darstellt. Die „wissenschaftliche“ Arbeit des Herrn Wombert beruht also mindestens auf großer Leichtfertigkeit. Mit der demagogische Agitation der Freisinnler und Sozialdemokraten ist die Schrift freilich hinfällig geworden, sie wird durch wohl den Verfasser wie dem Verleger einen schönen Verdienst abwerfen.

Der Zolltarif und die Arbeiter. Der Arbeiterwahlverein der Centrumpartei zu München beauftragte sich dieser Tage mit dem Zolltarifentwurf. Es erlosch sich in der Versammlung keine Stimme, die sich gegen die Erhöhung der Getreidezölle ausgesprochen hätte.

Nur nicht viel reden! In der Sozialdemokratie scheint die Eintracht Manches zu wünschen übrig zu lassen. Schon die rechtzeitig unterdrückten programmatischen Seitengespräche der „Genossen“ Julinader Feine und Bruno Boesch konnten als ein Zeichen dafür gelten, daß die vielgerühmte Einmütigkeit der Sozialdemokratie nach München nur noch durch die Anwendung strenger „Zuchtmittel“ aufrecht erhalten werden kann. Die Einmütigkeit sozialistischer Sitzungen des Parteitagess bewirkt ebenfalls, daß die sozialdemokratische Parteileitung diesmal noch ärgere Zwischenfälle unter den Delegierten befürchtet, als sie bisher stets zu beobachten waren. Nun aber giebt die sozialdemokratische Parteileitung in einer Frage, in der man ebenfalls in den Kreisen der „Genossen“ durchaus nicht einig ist, die Parole aus: „nur nicht viel reden!“ Im „Warnmärk“ wird nämlich aus Anlaß der Forderung verschiedener Parteimitglieder, daß in Lübeck auch über die Frage der Zoll- und Handelsverkehrssteuern diskutiert werden solle, geschrieben: „Die Partei ist in voller Aktion in der Bekämpfung des von den Agrariern geplanten Neuzuges. Dem Parteitag kann deshalb nur noch die Aufgabe zufallen, durch einmütige Annahme einer vorzulegenden diesbezüglichen Resolution demontieren den Gesamtparteitag zum Ausdruck zu bringen. Je weniger bei dieser Gelegenheit geredet wird, um so mitungsvoller wird der Eindruck der Demonstration sein. Genosse Weid hat die dem Parteitag vorzulegende Resolution vorbereitet und wird dieselbe auch in Lübeck begründen.“

Also: nur stille, damit den „Genossen“ Weid und Singer in dieser für die Arbeiter wichtigen Frage kein Schaden beibringt! Die „obere Instanz“ der Sozialdemokratie spielt dem Parteivorstande gegenüber in der That eine äußerst befriedigende Rolle. Aber durchsichtig ist die Forderung des Schweigens in der Zolltariffrage auch nach anderer Richtung hin recht sehr. Man weiß eben keine schlagartigen Gründe gegen die Getreidezollerhöhung, die ja bekanntlich ganz besonders auch im Interesse des Industriearbeiters liegt; man würde sich öffentlich dämieren, wenn man die Frage ernsthaft und wissenschaftlich anknüpft. Deshalb wird die Partei ihre arbeitereindliche Anknüpfung ohne Beweisführung für deren Nichtigkeit annehmen. Das „Schweigen“ ist dann gefolgt, diese Resolution als Gegenstand annehmen, nicht als „actum“ nicht, was! So werden die deutschen Arbeiter, jenseits der sozialdemokratischen Partei für bumm verbrannt!

Die Unterfranken-Sammlung für die Proteste gegen den „Arbeiterwahl“ ist in vollem Gange. Sozialdemokratische Senbotten durchziehen die Straßen und machen jede Wohnung unsicher. Sie treten harmlos auf und suchen namentlich auch Frauen und Mädchen zu heranzulocken. Es kommt ihnen eben nur darauf an, möglichst viele Unterfranken zu erlangen. Mancher Unbefangene wird aufgefordert, auch für Abwesenheit zu unterschreiben; die Weibensort: „Sie verpflichten sich ja zu nichts“ scheint als Parole ausgegeben zu sein. Wenn auf solche Weise Willkuren von „Protestunterfranken“ zu Stande kommen, darf man sich nicht wundern, man sieht aber aus der Art des Betriebes, daß die ganze Sache ungeheurer Sündhaft ist.

Die Ernennungen von Oberpräsidenten. Die Beschlüsse eines freisinnigen Klaites darüber, daß bei den jüngsten Ernennungen von Oberpräsidenten nicht liberale Oberbürgermeister in große Städte Berücksichtigung gefunden haben, klingen einigermassen freundlich, wenn man sich erinnert, wie scharfen Angriffen von jener Seite gerade derartige frühere liberale Bürgermeister ausgesetzt war, welcher von dieser Stellung durch das Vertrauen des Kaisers in das Ministerium berufen worden war. Abgesehen davon aber liegt die Forderung, daß bei der Beförderung dieser hohen Ämter im Staatsdienste besondere Kategorien von Berufenen und Männer von bestimmter Parteistellung zu berücksichtigen seien, in direktem Widerspruch mit den liberalen Grundsätzen der Demokratie zu stehen. Im Uebrigen liegt es in der Natur der Sache, daß bei der Beförderung der Staatsämter in der Provinzialverwaltung zunächst diejenigen Personen in Betracht kommen, welche im Staatsdienste selbst ihre Befähigung zu solchen Vertrauensstellungen erworben haben. Insbesondere befindet sich unter den zwölf preussischen Oberpräsidenten auch nur ein einziger, welcher nicht vor seiner Ernennung zum Oberpräsidenten, im Reichs- oder Staatsdienste gefanden hätte. Bei der Beförderung hoher Stellen im Staats- und Reichsdienste ist außerdem unter der Regierung Kaiser Wilhelm II. mehr als früher auf die Vertreter kommunaler Verwaltungen zurückgegriffen worden. Eine ganze Reihe von Seiten provinzieller Verwaltungen ist aus dieser Stellung in die Provinz in den Rath der Krone berufen worden, und ebenso ist der Leiter einer Provinzialverwaltung zum Oberpräsidenten derselben Provinz ernannt worden, deren kommunale Verwaltung er bisher geleitet hatte. Diese Vorgänge zeigen, daß gerade in der letzten Zeit der Vorzug bürokratischer Engfertigkeit bei der Beförderung hoher Staatsstellen am allerwenigsten berücksichtigt ist.

Die preussische Landesrathen in Elbstadt-Verträgen. Soll zum Gegenstand einer Intervention im Reichstage gemacht werden. Wie der Abgeordnete Baus und Deller nebelstehende „Elbstadt-Verträge“ berührt, wollen mehrere Mitglieder der Elbstadt Gruppe diese Angelegenheit zur Sprache bringen.

Annahme von Geschenken seitens der Beamten. Nachdem die Elbstadt ist, daß innerhalb des Reiches der Staatsverhältnisse eine Veranlassung viele Beamte seit Jahren beträchtliche Geldgeschenke von Privatinteressenten, insbesondere von industriellen Werken, verbotsmäßig angenommen haben, so haben die königlichen Eisenbahndirektionen die Beamten vor solchen Verfehlungen unter Hinweis auf ihre disziplinarische und gerichtliche Strafbarkeit nachdrücklich gewarnt. Das Strafgebot bedroht auch denjenigen Beamten mit empfindlicher Strafe, welcher für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht schuldige Handlung Geschenke oder andere Vortheile annimmt, fordert aber sich verbundenen läßt.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die neuen Theorien des Professors Koch, wonach menschliche und tierische Tuberkulose miteinander nichts gemein haben und darum auch eine gegenseitige Uebertragung der Krankheit nicht möglich sei, haben vielfach zu begründeten Bedenken Anlaß gegeben und die Befürchtung hervorgerufen, das Publikum könnte an der unbedingt gebotenen Vorsicht gegen jede Art der Tuberkulose nachlassen. Deshalb wird in dankenswerther Weise öffentlich erklärt, daß die Koch'schen Behauptungen einer gründlichen Prüfung unterzogen werden sollen. Schon jetzt aber die Maßnahmen gegenüber der Verbreitung der Tuberkulose durch Milch und Milchprodukte zu ändern, liegt kein Grund vor, zumal vielmehr mehrere Jahre bezogen wurden, bevor die Verände endgültig abgeschlossen seien. Es dürfte nicht verfehlen werden, daß eine der wichtigsten Maßnahmen in dem Kampfe gegen die Ausbreitung der Tuberkulose unter dem Vieh und den Schweinen die Beförderung der Vertheuerung lebender Tuberkulosefällen mit den Wollereiarbeiten darstellt. Die Wollereien würden also auch künftig im Interesse der Produzenten für eine Befestigung dieser Gefahr durch Erhöhung der Milch in geeigneten Apparaten schon aus veterinären Gründen sorgen müssen. Ebenso können den Konsumenten nicht dringend genug gerathen werden, die Milch vor dem Genuss wie bisher gründlich abzuseihen, um auch den Erkrankungen durch andere in der Milch unter Umständen enthaltene ansteckende Keime wie die Erreger der Darmkrankheiten der Kinder, des Typhus u. a. vorzubeugen.

Handelsbericht der Bankfirmen in Halle a. S.

Table with columns: Briefe vom 20. August 1901, Dividende für %, St. (Stück), Gesamtwert. Lists various bank shares and their values.

Table with columns: Briefe vom 20. August 1901, Dividende für %, St. (Stück), Gesamtwert. Lists various bank shares and their values.

Industrie bezieht auf Gütern und Bergwerks-Aktien einen empfindlichen Druck. Der Rentenmarkt war durch den Rückgang in Stadt-Aktien infolge des unangünstigen Abschusses der Staats-Anleihe...

Magdeburg, den 20. August 1901. (Sta. Drahtbericht.)

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wagerebte auf 88 Rend. Tendenz: schwach.

Wochenbericht über Butter und Schmalz von Carl Schütz

Butter: In den ersten Tagen dieser Woche herrschte nach allen Qualitäten hoher Preis...

Preisrückstellungen

Der von der hiesigen Deputation gewählten Notierungskommission für von G. Senf...

Central-Liste der Preiskassen- und Notierungskommission

19 August 1901. Für inländische Getreide...

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a. S., Leipzigerstr. 10, Bitterfeld u. Delitzsch.

Conzotierungen der Berliner Börse vom 20. Aug., 2 Uhr Nachmittags.

Preiskasse und deutsche Fonds.

Table with columns: Briefe vom 20. August 1901, Dividende für %, St. (Stück), Gesamtwert.

Preiskasse und deutsche Fonds.

Table with columns: Briefe vom 20. August 1901, Dividende für %, St. (Stück), Gesamtwert.

Preiskasse und deutsche Fonds.

Table with columns: Briefe vom 20. August 1901, Dividende für %, St. (Stück), Gesamtwert.

Wochenbericht über Butter und Schmalz von Carl Schütz

Butter: In den ersten Tagen dieser Woche herrschte nach allen Qualitäten hoher Preis...

Preisrückstellungen

Der von der hiesigen Deputation gewählten Notierungskommission für von G. Senf...

Central-Liste der Preiskassen- und Notierungskommission

19 August 1901. Für inländische Getreide...

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a. S., Leipzigerstr. 10, Bitterfeld u. Delitzsch.

Conzotierungen der Berliner Börse vom 20. Aug., 2 Uhr Nachmittags.

Preiskasse und deutsche Fonds.

Table with columns: Briefe vom 20. August 1901, Dividende für %, St. (Stück), Gesamtwert.

Preiskasse und deutsche Fonds.

Table with columns: Briefe vom 20. August 1901, Dividende für %, St. (Stück), Gesamtwert.

Preiskasse und deutsche Fonds.

Table with columns: Briefe vom 20. August 1901, Dividende für %, St. (Stück), Gesamtwert.

Handelsbericht der Bankfirmen in Halle a. S.

Table with columns: Briefe vom 20. August 1901, Dividende für %, St. (Stück), Gesamtwert. Lists various bank shares and their values.

Wochenbericht über Butter und Schmalz von Carl Schütz

Butter: In den ersten Tagen dieser Woche herrschte nach allen Qualitäten hoher Preis...

Preisrückstellungen

Der von der hiesigen Deputation gewählten Notierungskommission für von G. Senf...

Central-Liste der Preiskassen- und Notierungskommission

19 August 1901. Für inländische Getreide...

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a. S., Leipzigerstr. 10, Bitterfeld u. Delitzsch.

Conzotierungen der Berliner Börse vom 20. Aug., 2 Uhr Nachmittags.

Preiskasse und deutsche Fonds.

Table with columns: Briefe vom 20. August 1901, Dividende für %, St. (Stück), Gesamtwert.

Preiskasse und deutsche Fonds.

Table with columns: Briefe vom 20. August 1901, Dividende für %, St. (Stück), Gesamtwert.

Preiskasse und deutsche Fonds.

Table with columns: Briefe vom 20. August 1901, Dividende für %, St. (Stück), Gesamtwert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

